

Rohstoffmarkt | 29.08.2017 | Lesezeit 2 Min.

Riskante Rohstoffquellen

Vor allem die deutsche Industrie ist auf Rohstofflieferungen aus dem Ausland angewiesen. Der Wert dieser Importe hat sich zwischen 1995 und 2011 verfünffacht. Auch der Anteil der Einfuhren aus politisch und wirtschaftlich besonders risikobehafteten Ländern ist gestiegen - auf mittlerweile deutlich über 60 Prozent.

Brennende Autos, verwüstete Stadtteile, Straßenschlachten des „Schwarzen Blocks“ mit der Polizei: Vom G-20-Gipfel in Hamburg sind andere Dinge in Erinnerung geblieben als die politischen Inhalte. Die aber hatte die Großveranstaltung in der Hansestadt auch: Das Motto lautete „Eine vernetzte Welt gestalten“ und eine zentrale Frage war, wie nachhaltige Entwicklung, darunter auch nachhaltige Lieferketten, global gelingen kann.

Die zunehmende Vernetzung der globalisierten Welt bedeutet gerade für die exportstarke deutsche Industrie eine große Verantwortung. Denn vor allem beim Einbinden von Mensch und Rohstoff müssen die Hersteller Nachhaltigkeitsstandards beachten.

Deutschland importiert immer mehr Rohstoffe aus Risikoländern wie China, Russland und Argentinien.

Das Thema spielt aber auch auf der Importseite eine große Rolle. Weil es hierzulande kaum für die industrielle Fertigung und die Energieversorgung wichtige Rohstoffe gibt, muss die Bundesrepublik die meisten Metalle einführen.

Im Jahr 2011 - das ist für diese Analyse das aktuellste Jahr - importierte Deutschland Rohstoffe für mehr als 76 Milliarden Dollar; Mitte der 1990er Jahre waren es noch weniger als 16 Milliarden Dollar.

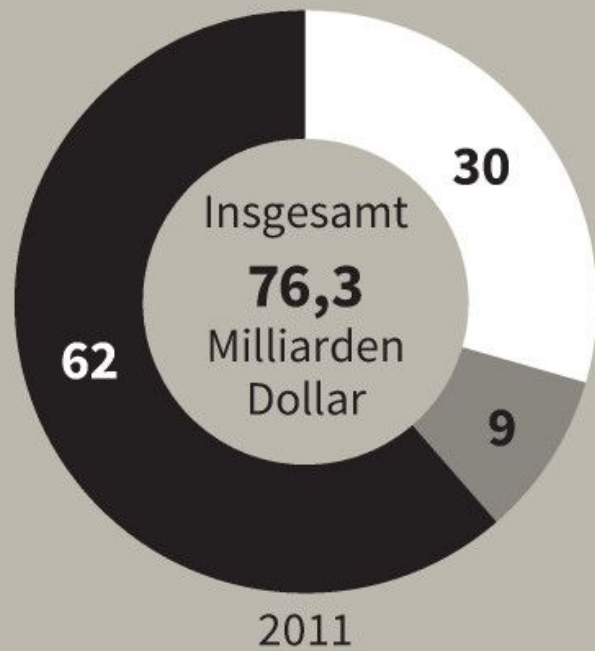
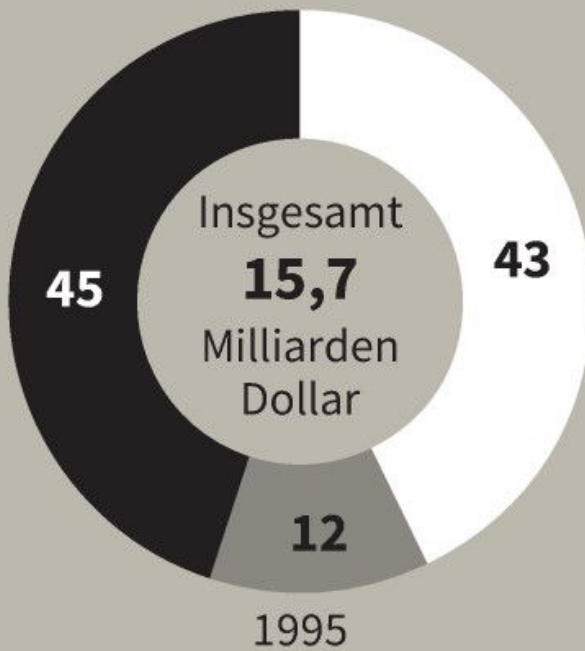
Für sich genommen ist diese Entwicklung unproblematisch. Grund zur Sorge bereitet aber die Tatsache, dass immer mehr Rohstoffimporte sowohl absolut als auch relativ betrachtet aus riskanten Staaten stammen (Grafik):

Im Jahr 1995 erhielt Deutschland erst 45 Prozent seiner Rohstoffe aus Ländern mit hohem politischen und/oder ökonomischen Risiko, 2011 stammten bereits 62 Prozent aus solchen Staaten.

Rohstoffe: Viele riskante Lieferländer

Wichtigste direkte Rohstofflieferanten für Deutschland nach Risikogruppen in Prozent

■ Niedriges Risiko ■ Mittleres Risiko ■ Hohes Risiko



Ursprungsdaten: OECD
© 2017 IW Medien / iwd

i7 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die entsprechende Risikoeinstufung berücksichtigt unter anderem, wie stark Geschäftsprozesse in einem Land reguliert werden, wie verlässlich staatliche Institutionen wie Gerichte sind und wie weit verbreitet Korruption ist. Als besonders riskant gelten demnach Argentinien, China, Kambodscha, Russland und Vietnam.

Rohstoffimporte aus Risikoländern erfordern besondere Sorgfalt

Für deutsche Firmen bedeutet diese Abhängigkeit von riskanten Staaten künftig voraussichtlich mehr Arbeit: Die G-20-Staaten, aber auch die UN und andere internationale Institutionen wollen – zum Beispiel mit der Agenda 2030 (siehe Kasten unten) – sicherstellen, dass entlang der gesamten Lieferkette grundlegende Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards gelten.

Zudem schreibt eine neue EU-Verordnung eine Sorgfaltspflicht beim Import sogenannter Konfliktmineralien ab 2021 vor. Das soll verhindern, dass mit den Erlösen aus dem Verkauf von Gold, Wolfram und ähnlichen Rohstoffen Kriege und Menschenrechtsverletzungen in Entwicklungsländern finanziert werden.

Allerdings handeln viele deutsche Firmen, die im Ausland investieren, schon heute nachhaltig: Laut IW Consult haben gut vier von fünf Unternehmen nicht nur ihre ökologischen, sondern auch ihre sozialen Standards bei ihren ausländischen Ablegern eingeführt.

Die Agenda 2030

Auf insgesamt 17 globale Nachhaltigkeitsziele mit 169 Zielvorgaben haben sich die Vereinten Nationen in ihrer Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verständigt. Die G-20-Staaten haben sich ebenfalls dazu verpflichtet. In Deutschland erfolgt die Umsetzung durch die Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Kernaussagen in Kürze:

- Der Wert der deutschen Rohstoffimporte hat sich seit Mitte der neunziger Jahre fast verfünffacht.
- Zum Problem könnte es werden, dass ein immer größerer Teil davon aus Risikoländern mit hoher Korruption und unsicherer Gerichtsbarkeit kommt.
- Für die hiesigen Unternehmen bedeutet das zusätzlichen Aufwand, denn sie sind durch die Agenda 2030 der UN und der G-20 dazu verpflichtet, bei ihren Importpartnern auf die Einhaltung bestimmter Nachhaltigkeitsstandards zu achten.